

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 91.

Breslau, Mittwoch, 19. April 1893.

4. Jahrgang.

Die politischen Verhältnisse in Oesterreich.

Ueber dieses Thema hielt der österreichische demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Ferdinand Kronawetter aus Wien im Frankfurter demokratischen Verein einen Vortrag, dem wir nach der „Frankf. Ztg.“ folgende interessante Stellen entnehmen:

Herr Dr. Kronawetter, von stürmischem Beifall begrüßt, überbrachte zunächst den herzlichsten Gruß der Demokraten Wiens und ging sodann zur Besprechung der Verhältnisse Cisleithaniens über. In Ungarn herrschen andere Zustände; denn es ist das Land, welches die älteste constitutionale Verfassung auf dem Continent besitzt — sie datirt von 1222 — und sich seine Rechte durch die heftigsten Kämpfe mit Erfolg gewahrt hat. In Cisleithanien wurden die ständischen Rechte durch den Absolutismus vernichtet; erst seit 1848 begann ein Kampf gegen diesen. So lange ein solcher dauert, ist die Bevölkerung einig; wenn aber der Streit zwischen den verschiedenen Klassen über den Antheil der Ertragskraften. Das Einfachste und Natürlichste ist, jedem Staatsbürger, da er die gleichen Pflichten hat, auch die gleichen Rechte zu geben. Daß dieser so selbstverständliche Grundsatz bei keinem civilisirten Volke noch vollkommen durchgeführt ist, ist ein trauriger Beweis von dem Zustand der ganzen Gesellschaft.

Die Ursachen lassen sich zusammenfassen in den Worten: Habgucht und Selbstgucht, die Erbünde des Menschengeschlechtes, wenn es überhaupt eine giebt. (Beifall). Gewisse Gruppen benutzen ihren Antheil an der Staatsgewalt, um andere zu unterdrücken; sie

beeinflussen die Gesetzgebung zu ihren Zwecken, aber in letzter Linie ist es immer der bodenlose, menschenwidrige, unnatürliche, und einer gewissen Partei soll es hier geistig sein, unchristliche Egoismus, die unchristliche Habgier, welche Sonderrechte für sich beansprucht, die sie anderen Mitbürgern verweigert.

Speziell in Oesterreich besitzen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung absolut keine politischen Rechte, trotzdem sie den Hauptantheil an den Steuern tragen, die zu vier Fünftel indirekt sind. Von den Parteien ist die mächtigste die feudalklerikale; ihr steht die liberale Bourgeois-Partei bedeutend nach. Dann existirt noch eine ganz kleine demokratische Partei, ferner eine antisemitische Partei mit ihren Unterabtheilungen, den Deutschnationalen und Christlichsocialen, und endlich eine socialdemokratische Partei. Selbstverständlich sucht überall der Absolutismus seine Concessionen an einen möglichst kleinen Kreis zu geben, da er mit diesem am Leichtesten fertig wird und absolut regieren kann unter constitutionellen Formen. Daher auch in Oesterreich die volksfeindliche Allianz von Adel und Klerus mit der Bureaucratie, und die Bourgeoisie ist wie alle anderen Bourgeoisien. Während jene die Rechte abhängig machen von adeliger Geburt oder hoher Stellung, thut es diese von der Schwere des Geldsacks. Die drei Klassen haben sich bei der von Schmerling 1861 octroirten Verfassung mit ihrem 21 Gulden Censur sehr wohl befunden. Von den 353 Mitgliedern des Parlaments werden 129 von 1 387 000 Landbewohnern gewählt und 85 von 5462 Log. Großgrundbesitzern, d. h. solchen, deren Besitzungen, gleichviel ob klein oder groß, einmal einem Adligen oder geistlichen Stift gehören oder gehört haben. So wählt der griechische Religionsfond mit seinen 8 Mitgliedern einen Abgeordneten! Das ist keine Volks-

vertretung, nicht einmal eine Interessensvertretung; denn die Interessen von zwei Dritteln der Bevölkerung sind ja gar nicht vertreten.

Daß der Adel und Klerus einer solchen Verfassung zugestimmt hat, ist vom Standpunkte der Moral geradezu bedauerlich; eine solche Gruppe, die ihr elendes miserables Ich so in den Vordergrund stellt, muß eine tief unmoralische genannt werden. Die Bourgeoisie hat sich mit dem Zugeständniß zufrieden gegeben, daß die Handelskammern mit 583 Wählern 21 Abgeordnete wählen können. Dagegen ist in den Städten der Censur von 21 Gulden durch den Zuschlag der landesfürstlichen Steuern auf 42 Gulden hinaufgesetzt worden und die Landbevölkerung hat nicht einmal directe, sondern Wahlmännerrechte. Den Demokraten wäre ein ehlicher Absolutismus noch lieber gewesen; ihre stete Forderung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts brachte den Kampf mit dem Liberalismus zum Ausbruch. Auch als die liberale Partei am Ruder war, hat sie nicht an der Verfassung rütteln lassen, dagegen hat sie tief in den Geldbeutel des Staates gegriffen, als die Eisenbahnen gebaut wurden. Freilich hat Adel und Klerus, als er an die Herrschaft kam, mit Zucker- und Brauntweinsteuer mindestens das Gleiche geleistet. Wenn es sich um den Selbsthandels, hörten die nationalen Streitigkeiten, welche in Oesterreich sonst so große Schwierigkeiten bereiten, sofort auf, da waren alle einig.

Schmerling, der durch Schaffung der Landtage die Möglichkeit einer demokratischen Wahl verhindern wollte, hat dadurch die nationalen Kämpfe gefördert. Hinter diesen sind auch wirthschaftliche Fragen verborgen, wie sich z. B. in Böhmen leicht nachweisen läßt. Je tiefer man in die Volksschichten hinuntersteigt, desto weniger ist von nationalen Kämpfen die

Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geißel.

Nachdruck verboten.

67]

„Dann giebt es zwei Garnier,“ entschied Dumesnil. „Und ich will das auch in Ihrem Interesse annehmen; denn, was meinen Mann betrifft, so ist er — hören und nennen Sie! — mouchard (Geheimpolizei) und war seiner Zeit die rechte Hand Lamberts, des französischen Polizeiministers.“

„Und mein Mann ist Künstler,“ erwiderte Richard lächelnd.

„Doch nicht gar Maler?“

„Ja — er ist Maler, aber ich verstehe nicht —“
„Sie werden mich verstehen, Herr Pfarrer, kommen Sie, begleiten Sie mich in meine Wohnung, dort läßt sich die Sache mit Hilfe verschiedener Papiere und Notizen rasch aufklären. Es lohnt für Sie und mich der Mühe!“

Unterwegs erläuterte Dumesnil seinem Begleiter näher die Funktionen der „mouchards“, dieser insamen Helfershelfer des „Decembermannes“.

„In Trupps von zehn bis zwölf Männern in Arbeitertracht erscheinen diese Schufte gegen Abend in einer zumeist von Arbeitern besuchten Schenke,“ erzählte der Franzose. „Einer heuchelte Trunkenheit, leerte seine Taschen und regalirte sämtliche Anwesende mit Absinth und Cognac. Wenn dann die Köpfe warm

wurden und die Leute den aufrührerischen Reden der agents provocateurs (Lochspißel), welche auf den Kaiser und die Regierung schimpften, Beifall zujubelten, hatten die Schelme leichte Arbeit. Der eine oder der andere schrie: „Nieder mit Lambert! Nieder mit Napoleon!“ oder auch: „Wo ist Badinguet?“ und sobald die Be- thörten einstimmten, enthielten die mouchards ihre kleinen Messingschilder auf der Brust, gaben sich zu erkennen und transportirten die Bestürzten zur nächsten Präfectur. Die Regierung benutzte gern die Gelegenheit, um ihre Wachsamkeit ins rechte Licht zu setzen und die Unruhstifter als staatsgefährliche Individuen unschädlich zu machen — während dann alle Welt über den Unbath der Arbeiter schrie, für die Napoleon so viel Opfern und dabei trugen sie Sorge, sich niemals er- wischen zu lassen, was ich ihnen freilich auch nicht ver- denken kann, denn das Volk würde sie zerrissen haben, wenn es ihrer nur habhaft geworden wäre.“

Als sie nunmehr Dumesnils Wohnung erreicht hatten, öffnete er seinen Schreibtisch und entnahm demselben ein kleines Heftchen, in welchem er sodann zu blättern begann.

„Wissen Sie nicht, ob Garnier früher einen an- deren Namen führte — ob er sich vielleicht Leseur nannte?“ fragte er plötzlich.

„Nein,“ sagte Richard beklommen.

„Und was wissen Sie eigentlich von seiner Ver- gangenheit?“

Richard erzählte, was Garnier selbst ihm mitge-

theilt hatte; der Andere stieß ein verächtliches Lachen aus. Dann sagte er:

„In einer Gerberei ist er freilich gewesen, aber nur als Commis. Er hieß damals Leseur und wurde verhaftet unter der Anschuldigung, die Verlobte seines Brotherrn vergiftet zu haben. Die Beschuldigung konnte leider nicht erwiesen werden und so mußte man ihn wieder auf freien Fuß setzen — hier lesen Sie selbst!“

Richard nahm das Heft mit zitternder Hand und las Folgendes:

„Amadis Leseur“, dieser Name war mit rother Tinte geschrieben, „früher angestellt in der Gerberei von Dr. Garnier in Andelys, Eure 1845—49. Zu Anfang des Jahres 1850 in Rouen vor den Assisen unter der Anklage, Leonore Lufas, die Verlobte Gar- niers, mit welcher er ein harmloses Verhältniß unter- hielt, vergiftet zu haben. Wegen mangelnder Beweise freigelassen. Trat 1851 in die Dienste der Geheim- polizei; seitdem im Solde Napoleons III., speciell nach London geschickt zur Beaufsichtigung der dort lebenden französischen Flüchtlinge. In London unter dem Namen Garnier, seines früheren Herrn, der 1853 starb. Sig- nalement: groß, schlank, etwa 50 Jahre alt; in Er- scheinung und Auftreten Gentleman, ziemlich begabter Landschaftsmaler und Mitglied des Jesuitenordens.“

Richard schloß das Buch schweigend.

„Es war ein schlauer Streich, den Namen seines früheren Herrn anzunehmen — ich erinnere mich, wie uns das irte führte! Nur durch einen Zufall entdeckten

Nede, je höher, desto mehr, und auch von religiösen Kämpfen findet man dort keine Spur; nur durch Vermittlung der demokratischen Ideen können diese Kämpfe schwinden.

Der Klerus und der gänzlich von ihm geleitete Adel haben sich hinter das nationale Element gesteckt, insbesondere das slavische, weil dessen Führung ihm leichter schien. Das Ministerium Hohenwart dehnte gegen den Willen der liberalen Partei das Wahlrecht durch liberale Interpretation des Censur aus, das feudalliberale Regiment schuf die Fünfguldenmänner in der richtigen Erwartung, daß diese ihnen zufallen würden.

Es ist kaum glaublich, in welcher Weise der Klerus überall wühlt, im Reichthum I, am Krankenbett, durch Gründung landwirtschaftlicher Casinos etc., und in welcher Weise er von der Regierung unrechtmäßig wird. Auch das Kleingewerbe, die kleinen Beamten und einen Theil der Lehrer haben die Klerikalen sich dienstbar zu machen gewußt; zum Theil gerade die Leute, die durch 15 Jahre zur demokratischen Partei gehört haben sind Antisemiten, d. h. die strammsten Anhänger des Klerus geworden. Als Vorwand nehmen sie den Vichtensteinischen Klerikalen Schulamt, gegen den die Demokraten stimmten. Man redet ihnen ein, die goldenen Zeiten des Mittelstandes kämen wieder, wenn die Feudalliberale an die Herrschaft gelangten. Auf die Jagd, die Selbstsucht wird speculirt; man sagt: wenn der Jude erschlagen ist, habt ihr Handwerker, ihr Beamten, ihr Lehrer geringere Concurrenz! Wer sich schämt, den Brodneid einzugehen, giebt einen nationalen Grund an: „die inferiore Klasse muß beseitigt werden.“

Es ist noch nie in Wien eine solche Vergiftung des Volksgeistes gewesen. Alles ist falsch und erlogen, die Leute geben sich für unsere Anzänger aus, schleichen sich zu unseren Versammlungen und verrathen und verlachen uns. Wo ein solch unfittlicher Geist herrscht, da geht auch im Geschäft die Solidarität und Neutralität zu Grunde.

Nun noch ein Wort über die Socialdemokratie. Sie existirt in Oesterreich erst seit 1868 der Landarbeiter ist ihr völlig unzugänglich, denn er ist unfähig nur zu denken. (?) Vier Fünftel der Arbeiterpartei sind nicht in der Organisation. Nur in den Groß- und Fabrikstädten findet man energische, opferfähige und freisinnige Männer darunter, und wenn eine freisinnige Hoffnung in Oesterreich zu hegen ist, kann sie nur von der socialdemokratischen Partei ausgehen, weil alle anderen fast ausnahmslos an der reactionären Strömung hängen.

Den traurigsten Beweis bieten die Studenten, da herrscht kein Funke von freisinniger Begeisterung mehr. Dabei ist keine Partei so unerhört verfolgt, wie die socialdemokratische. Für gedruckte Beitragsquittungen werden Arbeiter wegen verbotener Colportage von Druckstrafen bestraft, während die Redner die unfeinlichsten Dinge verkaufen, Schmähchriften gegen politische Gegner in den Pfarrhöfen ausgeboten werden. Ueber die Rekruten werden Listen angelegt, ob sie Socialdemokraten sind. Wenn man sie nicht will,

warum nimmt man sie zum Militär? Von allen Parteien im Parlamente nehmen sich nur die Jung-uchen ihrer an.

Redner schloß sein „ungeheuer trauriges Bild“ mit dem Resumé, daß Oesterreich das Centrum aller Reaction ist. Um so notwendiger sei es, daß alle freisinnigen Elemente überall einziehen, daß die Freiheit wenigstens in deren speciellem Gebiet aufrechterhalten und wenn möglich erweitert wird. Denn ein jeder freisinniger Sieg ist für die ganze Menschheit erlösend. Kämpfen Sie unentwegt für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in Gesetzgebung und Verwaltung, und sorgen Sie auf diese Weise dafür, daß auch die Freiheit in Oesterreich nicht unterdrückt wird und ein allseitiger Sieg der Reaction nur von ephemerer Bedeutung sein kann! (Minutenlang andauernder Applaus.)

Wir empfehlen unseren deutschen „Demokraten“ die aufmerksamste Lectüre dieser Rede auf's Angelenkliche. Es findet sich viel darin, was ihrer Beachtung nicht dringend genug empfohlen werden kann. Denn im Großen und Ganzen brauchen wir um den Unterschied zwischen deutschen und österreichischen Verhältnissen nicht die Hand umzudrehen. Sie sind so ziemlich über den gleichen Kamm geschoren, sie sind einander wertvoll. Und auch in Deutschland kann eine freisinnige Hoffnung nur von der Socialdemokratie ausgehen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Auch in der zweiten Sitzung des Reichstages gab es keine Ahlwardt-Vorstellung. Der Redner aller Deutschen hatte zwar seine Acten zur Stelle, wollte sie dem Präsidenten aber nur unter der Bedingung ausliefern, daß eine Commission, an welcher die Antisemiten betheiliget seien, mit der Prüfung der Acten beauftragt werde.

Der Präsident erklärte, die Acten nur bedingungslos entgegennehmen zu wollen und die Bestimmung über eine etwaige geschäftliche Behandlung der Acten dem Beschlusse des Reichstages vorbehalten zu müssen. Hierauf ging Ahlwardt nicht ein und wurde vom Präsidenten bezüglich seiner Actenwünsche auf den Weg der Antragstellung verwiesen.

Nun war Roland in Roth, da Ahlwardt auf seine Livolisfreunde nicht mehr rechnen kann und in Folge dessen die notwendigen 15 Unterschriften zur Unterstützung eines Antrages nicht aufzutreiben vermag.

Die Socialdemokraten kann Ahlwardt nun zwar nicht leiden, doch ihre Unterschriften nimmt er gern. Diesen Anschauungen entsprechend eruchte er die socialdemokratischen Abgeordneten, ihm zur Einbringung eines Antrages beifällig zu sein.

Die socialdemokratische Fraction beschloß, diesem Ansuchen Folge zu leisten und wird einen Antrag auf Niederlegung einer Commission, welcher die Aufgabe erteilt wird, über den Inhalt der Ahlwardt'schen Acten dem Reichstage Bericht zu erstatten, unterstützen.

mehr als genug gethan zu haben. Es beunruhigte ihn nur, daß Roland so wortfarg und trübselig herumging. Die Gesundheit des alten Herrn war vortrefflich und doch fühlte er sich nicht wohl. Er war bekümmert um seinen Sohn.

Er gab sich Mühe, Roland zu beschäftigen, ihn auf andere Gedanken zu bringen. Roland begann am Sandweg Arbeiterwohnungen aufführen zu lassen. Indem er sich kopülter in alle möglichen philanthropischen Bestrebungen stürzte, wandte er sich dem Studium architektonischer Werke und nationalökonomischer Schriften zu. Der Vater hatte niemals Geschmack an diesen Dingen finden können, aber er war jetzt sehr froh, daß sein Sohn sich doch mit irgend etwas anhaltend beschäftigte.

Eines Morgens wanderte Roland wie gewöhnlich durch den Sandweg, um die Arbeiter zu inspizieren, und er hatte gerade das Senfblei zur Hand genommen, um dem Zimmermann zu beweisen, daß der Thürpfosten, mit dessen Aufrihtung die Leute beschäftigt waren, nicht im Loth saß, als eine ihm nur zu wohl bekannte Stimme fragte:

„Ist es erlaubt, sich einmal die neuen Anlagen anzusehen?“

„Richard, bist Du's wirklich?“ rief Roland, indem er das Senfblei fallen ließ und dem Freunde beide Hände entgegenstreckte.

Die nächsten Stunden vergingen Beiden in lebhaften, eingehenden Gesprächen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Centrum und die Militärvorlage. In einer ultramontanen Versammlung, die am 9. d. Mts. in München stattfand, sagte der „in Fühlung mit der bayerischen Parteileitung“ stehende Referent:

„Es muß ausgesprochen werden, daß wir uns in Bayern das Centrum als eine Militärpartei, welche die exorbitanten Pläne des Militarismus, der die Kräfte der Nation lahm legt und die letztere in ihren wirtschaftlichen Interessen aufs empfindlichste schädigt, unterstützen, nicht denken können. Wir mühten uns der mit elementarer Gewalt in Bayern herrschenden Volkstimmung entsprechend, vom Centrum in Berlin loszurennen und auf der Landesversammlung in Regensburg uns als neue Partei für Bayern constituiren. Meine Herren! Wenn ich das vor Ihnen ausspreche, so rede ich nicht etwas, das ich aus den Fingern zogen; es wird so kommen, wie ich sage — wenn — das Centrum helfen würde, die Militärvorlage durchzubringen; aber dieses Wenn tritt nicht ein, das Centrum wird geschlossen die Militärvorlage ablehnen.“

So ganz sicher scheint uns das doch nicht zu sein. Wer weiß, welche Umwandlung die Osterferien mit ihrer Ruhe und Beschaulichkeit im Herzen manches Centrumsmanies hervorgerufen haben. Es wird sich zeigen, ob die Furcht vor einer Wiederholung der Ereignisse in Kelheim und Olpe-Mische größer ist als der Drang, sich der Regierung angenehm zu machen.

Aus dem Reichstage. Die socialdemokratische Fraction beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abgeordneten Kunert bei dem königl. Amtsgericht zu Schweidnitz anhängige Verfahren auf die Dauer der Session eingestellt werde.

Der Abgeordnete Dr. Rintelen hat folgenden Änderungsantrag zur zweiten Berathung des Wucherer-Gesetzes eingebracht: Folgenden Artikel 5 den Beschluß der Commission hinzuzufügen: „Artikel 5. Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, besondere Bestimmungen zur Wahrung und Berührung des Wuchers bei dem Handel mit Vieh, bei der Viehpacht und bei dem Handel mit ländlichen Grundstücken zu treffen“.

Dem Reichstags-Abgeordneten Fudangel ist, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, vom Verleger der „Westfälischen Volkszeitung“ der Urlaub für die Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages nicht bewilligt worden. — Schösel!

Einen epischen Augenblick hat die ultramontane „Neue Augsburgische Zeitung“ gehabt, indem sie in ihrer Nr. 79 öffentlich eingestand, daß das Centrum den Bauern nichts bieten kann. Dieses Geständniß machte sie in einer Erwiderung auf eine Rede des Bürgermeisters Fischer auf dem schwäbisch-liberalen Parteitag, in welcher dieser verlangte, die „Liberalen sollten den Bauern Vortheile in Aussicht stellen, die ihnen von Seiten der Ultramontanen nicht gewährt werden.“ Das machte die schwarze Tante eiferlich und gereizt erwiderte sie Herrn Fischer:

„Was können denn die Liberalen den Bauern bieten? Die Befriedigung der Bauern ist eine so schwierige Arbeit, daß der Liberalismus und Ultramontanismus nicht dieser Arbeit gewachsen ist.“

Bravo! Das ist offen gesprochen. Es handelt sich also bei beiden Parteien nur darum, die Bauern als Stammvieh zu benutzen, mit einem Worte — um den Bauernfang. Ihr Bauern, merkt euch das!

Wie die freien deutschen Bauern zu Ackerclaven wurden, was sie meist heute noch sind.

Von August Heine.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Diese Provinzialstände sprachen nun ihre Meinung wie folgt aus: Wenn die Leibeigenschaft aufgehoben werden soll, so müssen alle Bauern frei sein, aber die Edelknechte mühten sämtliche Mecker, Wälder und Weiden erhalten. Den Bauern die persönliche Freiheit, aber weiter nichts. Alle Bauernknechte dem Edelmann.

Es sei ferner nöthig, daß die von den ostpreussischen Ständen (das heißt dem vereinigten Adel) nach sehr liberalen Grundsätzen entworfene Gesindeordnung für ganz Preußen gesetzliche Kraft erhalte. Es müsse durch Gesetz ein fünfjähriger Dienstzwang, nämlich zwei Jahre als Hofjunge, drei Jahre als Knecht resp. zwei Jahre als Mädchen, drei Jahre als Magd auf dem Hofe des Edelmannes für alle Bauern festgesetzt und die Gesindeordnung mit Strenge durchgeführt werden, damit Ordnung, Fleiß und Industrie befördert werde.

In der Antwort der königlichen Regierung auf diese junkerliche — heit, Datum: Memel, den 3. September 1807 (wohin der königliche Hof geflüchtet war),

wir, daß wir es nicht mit M. Garnier, sondern seinem Commis zu thun hatten.“

„Könnte nicht dennoch ein Irrthum obwalten? Der Schein trügt.“ wandte Richard ein.

„Sie sollen selbst entscheiden,“ entgegnete Dumesnil, „erlauben Sie mir das Fest eine Minute!“

Er schlug dort eine Klappe auf und entnahm derselben eine Anzahl Photographien.

„Bitte, betrachten Sie diese Bilder und sagen Sie mir, ob Sie eines derselben erkennen.“

Damit legte er die sämtlichen Photographien in Bone's Hände.

„Ich kenne diesen Mann,“ sagte Bone, eines der Bilder emporhebend.

„Drehen Sie um!“

Richard drehte den Carton um — auf der Rückseite standen in rother Tinte die Worte:

„Amadis Lefevre (Garnier) — moucharde und Jesuit.“

Sachkundbreißigstes Capitel.

Auf Schloß Aveling verstrich der Winter still und ruhig. Sir Aveling hatte das Bemühen, das, was er bereits verschuldet, reichlich gesüßt zu haben, indem er John Morrisons Tochter einen Blancohed und Richard Bone einen zweiten für seine Kinderschule sandte. Sodann war Ledgan, der ehemalige Wildhüter, der verdienten Strafe nicht entgangen, denn der Schloßherr hatte ihn die vor Jahren verliehene Schant-Concession wieder entzogen und somit meinte Sir Aveling,

Deutschfreisinniges Blech. Die „Voss. Ztg.“ zerbricht sich wieder einmal den Kopf über die Maifeier der Arbeiter. Ihr kann es nicht einleuchten, daß die Frage der Feier des ersten Mai noch nicht zu einem vollkommenen Bruch in der Partei — was sie gerne sehen möchte — gekommen ist, und sie giebt sich daher der Hoffnung hin, daß die diesjährige Maifeier zu einem solchen Bruch führen wird, da die Arbeiter auf den schönen Sonntag gerne einen „blauen Montag“ feiern möchten und deshalb die Stellung der Parteileitung mißbilligten. Die „Tante Voss“ schreibt:

„Es giebt in der Socialdemokratie Männer genug, die mit der heutigen Parteileitung unzufrieden sind. Sie werden die Gelegenheit wahrnehmen, im Geheimen zu schüren, die Genossen zu überreden, am 1. Mai der Fabrik fern zu bleiben. In erpösten Gemüthern kann diese Saat auf fruchtbaren Boden fallen. Deshalb ist es nicht überflüssig, wie in den letzten Jahren so auch jetzt, vor den Versühnenden zu warnen, eine Aufgabe, die in erster Reihe der Parteileitung der Socialdemokratie zufallen wird.“

Nun ist es der socialdemokratischen Parteileitung noch niemals eingefallen, den Arbeitern zu verbieten, diesen Tag durch Arbeitsruhe zu feiern, das würden sich die Arbeiter mit Recht auch gar nicht gefallen lassen. Die Partei überläßt es vielmehr jedem Arbeiter, ob er die Arbeit ruhen lassen will oder nicht. Aber die Partei hat auch keine Veranlassung, den Capitalisten zu Hilfe zu kommen und die Arbeiter zurückzuhalten, wenn diese die Arbeit ruhen lassen wollen, vielmehr begünstigen wir ein solches Vorgehen überall da, wo es durchführbar ist. Und da es überall durchführbar ist, wo sich die Arbeiter alle, oder doch der größte Theil an der Feier beteiligen, so wird es nur eine Frage der Zeit sein, um die Feier durch Arbeitsruhe zu einer allgemeinen zu machen.

Die Hoffnung, daß der 1. Mai immer mehr an Bedeutung verlieren werde, kann die „Voss. Ztg.“ getrost aufgeben.

Lächerlich ist der Schluß des Artikels, wo sie schreibt:

„Indessen, die Socialdemokratie befindet sich, wie sie selbst anerkennt, in beständiger „Wanderung“, und wie sie es ausgegeben hat, prächtige Bilder von einem Zukunftsstaate zu malen, wie sie das ehrene Lohngesetz verworfen hat, wie sie selbst beginnt, die bürgerliche Demokratie als Freundin (?) des Arbeiterstandes anzuerkennen und auf das Schlagwort zu verzichten (!), daß der Socialdemokratie gegenüber alle anderen Parteien nur eine reactionäre Masse bilden. . . So wird auch der Tag kommen, an dem man auf socialistischer Seite den nächsten Gegenstand der Maifeier belächelt. Man wird dann vielleicht nicht einmal bestreiten, daß denjenigen Unternehmern nicht Unrecht gegeben werden kann, die den reichlich gewarnten Arbeitern, wenn sie trotz alledem vertragsbrüchig von der Arbeit fern bleiben, die muthwillig herausfordernden Folgen dieser Herausforderung nicht ersparen.“

Wenn die „Vossische Zeitung“ glaubt, daß wir den „Freisinn“ als eine „bürgerliche Demokratie“ betrachten, so ist sie gewaltig im Irrthum. Eine solche existirt, in Deutschland wenigstens, überhaupt nicht. Hier gehören „Deutsch-Freisinn“ und die sogenannte „Volkspartei“ mit zur reactionären Masse. Daß sie aber schreibt, wir würden einmal die brutalen, nichtswürdigen Maßregelungen seitens der Capitalisten als berechtigt anerkennen, führt uns zu der Annahme, daß es bei dem betr. Artikelschreiber nicht ganz richtig im Kopfe ist.

heißt es: „Mit Vergnügen habe ich wahrgenommen, daß Ihr alle von dem vorurtheilslosem Geiste befeelt seid, der erforderlich ist, um die Absichten der Regierung zu fördern.“

Allein, es kam doch etwas anders. Nämlich der wenigstens etwas vom Geiste der Neuzeit befeelte Freiherr Stein übernahm das Ministerium.

Am 9. October 1807 erschien nun das königliche Edict gegengezeichnet v. Stein, welches die Leibeigenschaft aufhob.

§ 1. Jedermann, auch Nichtadeliger, kann ein adeliges Gut erwerben.

§ 11. Alle Gutsunterthänigkeit ist mit dem Martinstage aufgehoben.

Leider ist nicht gesagt, was unter Gutsunterthänigkeit zu verstehen ist. Weitere genaue Regulirung der einzelnen Fragen wird einem späteren Edict vorbehalten.

In einem Publicandum (Bekanntmachung) vom 8. April 1809 heißt es:

„Der bisher leibeigene Bauer kann von seinem Dorf ohne Abzugsgeld abziehen. Das Recht der Guts-herren, die Kinder der Bauern zwangsweise zum Hofdienst heranzuziehen, ist aufgehoben. Der Bauer darf ohne Erlaubniß der Guts herrschaft heirathen. Er darf ein bürgerliches Gewerbe erlernen. Aber die Frohndienste müssen weiter geleistet werden. Der Gutsherr ist und bleibt nach wie vor Gerichtsherr über alle Bauern. Aber wie sah es mit dem Eigenthumsrecht der Bauern auf ihrem Acker aus?

Für ein Zusammenmarschiren der Socialdemokratie mit der bürgerlichen Demokratie plädit fortwährend die „Berl. Volksztg.“ Das Blatt macht über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland folgende Bemerkungen:

„Deutschland ist heute durch und durch verbismarckt. Jeder weiß, was er sich unter diesem Ausdruck zu denken hat. Streberei und Hyantinismus, agrarische Begehrlichkeit und müderliche Annäherung, antimilitärische Beziehung der Massen und demagogische Aufwühlung der „oberen Bebauenden“ durch die Agenten des „noth eidenben“ Grundbesitzes, steigende Erhöhung der indirecten Steuern und unablässiges Wachsen der Schulden, ein erschreckendes Ueberwuchern des Militarismus und, um mit Herrn von Bennigsen zu reden, daraus folgend, die triffe Nothwendigkeit, die Befriedigung wichtiger Culturentwickelungen in „beschämender Weise“ zurückzustellen — also die ersten Anzeichen eines bevorstehenden geistigen Bankrotts — das ist die Saat, von Bismarck gesät, herangereift und weiter heraneifend unter seinem unglücklichen Nachfolger, der, selbst wenn er mit schrankenloser Allmacht begabt, ein Genie ersten Ranges, ein Engel wäre, doch nicht im Stande wäre, mit dieser traurigen Erbschaft etwas Gesehildetes anzufangen.“

Das Blatt führt weiter das Sündenregister des Agrariertums vor, das sich jetzt allenthalben zum Entscheidungskampf um die Alleinherrschaft im Staate rüste, dasselbe begünstige die Orthodoxie mit allen ihren culturfeindlichen Begleiterscheinungen, Schwärme für indirecte Steuern, die die unbemittelten Klassen am schwersten belasten, für hohe Lebensmittel-, insbesondere Getreidezölle und Liebesgaben für Zünferei und jeden anderen mittelalterlichen Unfug, für hohe Eisenbahnfahrtspreise in den unteren Eisenbahnklassen, um den Arbeitern das Fortkommen zu erschweren. Das Agrariertum haßt die Coalitionenfreiheit der Arbeiter, haßt das allgemeine Stimmrecht, das es auch durch die Verweigerung der Diäten an die Mitglieder des Reichstages zu entwerthen sucht. Das Agrariertum haßt die Freizügigkeit, die es beseitigen will, sobald es die Macht dazu hat; es haßt die an und für sich äußerst geringe Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die dem Arbeiter die Möglichkeit giebt, sich politisch belehren zu lassen und politisch betheiligen zu können. Das Agrariertum ist gegen eine Verkürzung der Legislaturperioden, um möglichst ungenirt die Klinke der Gesetzgebung in seinem Interesse handhaben zu können. Es ist militaristisch bis auf die Knochen, theils, weil die Angehörigen des Junkerthums in der Armee ihre gute Versorgung finden, theils weil es in der militärischen Erziehung das Ideal der staatsbürgerlichen Heranbildung überhaupt erblickt. Es ist ein erklärter Feind der Volksschule und der Ausbreitung allzu vielen Wissens im Volke u. s. w. Wenn nun das Blatt meint, alle diese reactionären Bestrebungen müßten von den oppositionellen Parteien gemeinsam bekämpft werden, so ist zu erwidern: Die unterschiedensten und energischsten Bekämpferin aller und jeder Reaction ist die Socialdemokratie! Eine bürgerliche Demokratie von irgend welcher Bedeutung existirt heute nicht mehr. Mögen daher alle diejenigen, welche noch irgendwie demokratische Ideen sich bewahrt haben, mögen alle, denen es mit der freiheitlichen Entwicklung der Völker ernst ist, sich einfach der Socialdemokratie anschließen und unter ihrem Banner kämpfen für Beseitigung der bestehenden Miß-

Der Adel trug seine diesbezüglichen Wünsche vor: Durch Aufhebung der Erbunterthänigkeit ist der Gutsherr genöthigt, mehr für Gefinde, Tagelohn und Anspann auszugeben wie bisher. Der Adel verlangt nun als Entschädigung die Hälfte alles Bauernlandes. (Man sieht, nur die Hälfte. Wo sind die Theiler?)

Hierauf aber ging der Minister Stein nicht ein, sondern stellte fest: Alles Herrenland soll Herrenland bleiben, alles Bauernland aber soll den Bauern verbleiben.

Hierauf wendet sich der Adel an den König selbst. Der König verbittet sich die Zudringlichkeit. (Man achte auf den großen Unterschied im Willen des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen vor und nach dem „Befreiungskriege“. Denn nicht nur die hier dem Adel verweigerte Hälfte des Bauernlandes, sondern ziemlich alles Bauernland wurde dem Adel, nachdem die Gefahr von außen für das preussische Königshaus beiseitigt war, überlassen.)

Den Bauern wird nun freigestellt, ihre Frohndienste in Geld abzulösen, oder sich sonst durch friedlichen Vertrag mit dem Gutsherrn auseinanderzusetzen. (Edict vom 5. Februar 1811.)

Dies geschah nun hier und da und der Diplomatische Commissarius Krüger meldet über den frohen Aufschwung, daß Hunderte von Dorfschaften Regulirungsanträge gestellt hätten. Es heißt:

„Was die Bauern betrifft, so ist ein neuer Geist in sie gefahren, ihre Lust und ihre Thätigkeit über-treffen allen Glauben, sie fahren Tausende von Stein-

stände, für eine bessere glücklichere Zukunft des Menschengeschlechtes.“

Tortur auf deutschen Kriegsschiffen? Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ meldet am 10. April d. J. aus Kiel Folgendes:

Von einer seltsamen Strafe, welche über einen Mann der Besatzung des „König Wilhelm“ verhängt worden, melden uns Augenzeugen das Folgende. Der Mann wurde an den Händen gefesselt und an denselben soweit in eine schwebende Stellung in die Höhe gezogen, daß er nur noch mit den äußersten Spitzen der Füßchen den Boden berührte. In dieser gewiß äußerst qualvollen Stellung mußte der Bedauernswerte Mittags eine volle Stunde aushalten, um sich dann Abends nochmals dieser eigenthümlichen Proccedur zu unterziehen. Was der Mann sich hat zu Schulden kommen lassen, wissen wir nicht, und thut dies übrigens auch nichts zur Sache. Jedenfalls aber ist, soweit unser Wissen hiervon reicht, eine solche Art der Bestrafung nach militärischem Reglement unzulässig, weshalb wir erwarten, daß der Vorgesetzte, welcher diese Strafe anordnete, zur Rechenschaft gezogen werden wird.“

Die geschilderte Quälerei wurde früher als Tortur angewendet und war in den österreichischen Gefängnissen noch bis zum Anfang dieses Jahrhunderts „Sitte“. Seitdem ist diese Barbarei abgeschafft. Wenn auf dem Panzerschiff der deutschen Flotte eine solche Menschenquälerei wirklich vorgekommen ist, so läge eine grobe Pflichtverletzung vor. Die Marinerverwaltung wird wohl schleunigst Antwort geben, sonst wird sie hoffentlich im Reichstag schon in den nächsten Tagen zu einer Antwort gezwungen werden.

Das herrliche Kriegsheer. Wegen Soldatenmißhandlung wurde vor einigen Wochen, wie unser Bruderblatt, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, meldet, der Sergeant Wünsche von der 2. Compagnie des in Dresden garnisontirenden Jäger-Bataillons zu 1 Jahr 3 Monaten Festung, sowie zur Degradation verurtheilt. Wünsche hatte einen Rekruten mit dem Seitengewehr derart auf die Schulter geschlagen, daß der Arm dick anschwell und der Rekrut zeitweilig dienstunfähig wurde. Auch früher hatte sich der Sergeant mehrfach Mißhandlungen der ihm zur Ausbildung übergebenen Rekruten zu Schulden kommen lassen. Bereits im vorigen Jahre hatte er einen Rekruten mit der Waffe verlegt.

Neues vom Blechschmied. In Dortmund im dortigen Metallarbeiterverband wurde der Vorschlag unterbreitet, den bekannten Kölner Blechschmied als Ehrenmitglied in den Verband aufzunehmen. Der Vorschlag wurde aber abgelehnt, weil man von der Ansicht ausgeht, daß der „große“ Socialistenhölzer nicht einmal im Zukunftsstaat zum Blechschmied verwendbar ist. So meldet die Metallarbeiterzeitung.

Ausland.

Oesterreich - Ungarn.

Aus Prag wird gemeldet: In Kolin entstand gestern bei Auffindung der Leiche eines in einem jüdischen Hause bediensteten Mädchens das Gerücht, das Mädchen sei zu rituellen Zwecken ermordet worden. In Folge dessen kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Pöbel und dem die Wohnungen der Juden schützenden Militär. Die Unsuchung der Leiche hat ergeben, daß dieselbe kein Merkmal äußerer Gewalt trägt.

führen vom Acker, um ein Viertel Morgen Land zu gewinnen; sie roden Stechpfliegen, Heidekraut und Stubben aus, wo sie Jahrhunderte standen u. s. w. Die Gebäude sind hergestellt, man hat beschlagene Wagen angeschafft und tüchtige Pferde statt der elenden Gänse, welche vor der Last wie Schatten schwebten. Ueberall sieht man Selbstvertrauen und nicht mehr jene slavische Herabwürdigung, die sonst dem Bauer eigen ist.“

Allein der Widerstand der Gutsherrn ist stärker als der Einfluß Steins. Die Gutsherrn behaupten, der Bauernacker sei Eigenthum des Adels. Die adeligen Landstände erklären: „Bei dieser Lage der Sache widerspricht es den Grundsätzen der Gerechtigkeit, daß wir gezwungen werden sollen, unser Eigenthum an Bauerngütern umsonst zu schenken — der Einfluß französischer Gesetzgebung verbreitet seinen giftigen Hauch über uns u. s. w.“

In der That erreichte der Adel so viel, daß die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bauernstand ein-stweilen ruhig blieb. Hierdurch war für den Adel alles gewonnen, wie wir bald sehen werden, denn nunmehr trat der Befreiungskrieg von 1813—1815 ein.

Der Adel wurde durch diesen Krieg befreit von der Last der Ackerabtretung.

Napoleon nämlich hatte den russischen Feldzug verloren.

(Schluß folgt.)

Belgien.

Zur gegenwärtigen Lage. In einer Sitzung der Einwohnungs-Commission der Kammer stimmten die Führer der äußersten Linken, Féron und Janson, dem Antrage Nyssen's zu, welcher sich auf das Mehrstimmensystem stützt. Die beiden Deputirten versprachen für diesen Antrag eine Unterstützung von 40 Stimmen der Linken. Von der Rechten wird die große Mehrheit die Regierung unterstützen, welche sich ebenfalls mit dem Antrag Nyssen's einverstanden erklärt. Nach dem Antrag Nyssen sollen sämtliche 25 jährigen Bürger das Wahlrecht erhalten, mit dem 35. Jahre aber die Familienväter eine zweite Stimme bekommen, während gewisse Klassen von Bürgern einer Wohnung oder eines höheren Schuldiploms eine dritte Stimme erhalten würden. Das ein solches System, nach welchem ein Theil der Wähler eine, ein anderer zwei und ein dritter drei Stimmen abzugeben hätte, undemokratisch ist, daß dadurch der Census erhalten wird, ist sinnfällig. In dieses System jedoch, schreibt der Brüsseler Correspondent der „Frankf. Zig.“ unterm 13. d. Mts., klammert sich verzweifelt die Regierung, und die Parteien wissen nicht recht, was sie anfangen sollen: entweder dafür stimmen oder auch diesen Antrag verworfen und somit die Auflösung herbeiführen, welche doch wenigstens einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten bilden würde. Ausschluß über das Schicksal dieses Antrages wird man wahrscheinlich erst im Laufe der nächsten Woche erhalten, da die Kammer vorläufig ausruht und sich mit dem Eisenbahnetat beschäftigt, als ob nichts Besonderes geschehen wäre. Die ganze Frage liegt eigentlich nunmehr außerhalb des Parlaments. „Die französischen Blätter übertreiben sehr“, heißt es in dem Berichte, „indem sie von einer bereits eingetretenen Revolution sprechen; diese haben wir noch nicht, wir sind nur eben nahe daran. Die Angst es der Arbeiterpartei, den Zustand wirklich im ganzen Lande durchzuführen, dann wird die Lage entschieden schlimmer. In Gent hat allerdings der Streik in den großen Webereien und Eisenwerkstätten heute Nachmittag angefangen und er wird sich dort sicher ausbreiten. In Lüttich aber scheinen die Arbeiter vollständig nicht mitmachen zu wollen, so lange es sich um eine einfache Kundgebung handelt. Sie wollten nur vorgehen, „wenn es gilt, den revolutionären und socialistischen Kampf auszuweiten“. Der Zustand ist dort also vorläufig nur ein geringer. So auch in Verdiers. Im Kohlenrevier des Hennegau hat dagegen der Zustand bereits alle großen Werkstätten erfaßt und die „Mitter der Arbeit“ des Reviers von Charleron haben heute einen Aufruf erlassen, der dieses ganze Gebiet morgen in Aufruhr versetzen wird. In der Hauptstadt beträgt die Zahl der Streikenden ungefähr 4000. Die Agitatoren haben heute Morgen vergebens versucht, in einigen großen Werkstätten der berühmten Wollenbede und Cureghem, welche meist von Arbeitern bewohnt sind, die noch arbeitenden Leute in der Streik hineinanzuziehen. Es ist vorläufig nicht abzusehen, ob die Bewegung um sich greifen wird, in dessen Bericht doch eine sehr große Aufregung. Heute Nachmittag wurde wieder viel in den Straßen der oberen Stadt geschrien und die Marievallen geungen. Es kam sogar zu blutigen Zusammenstößen, wobei die Polizei und die Gendarmerie in die Wirrthshäuser drangen und sonst ruhige Bürger mit Säbelhieben vertrieben. Es wurden drei oder vier Personen schwer verwundet. Dieses Vorgehen der Polizei ist gesetzwidrig und unethisch, denn sie hat nicht das Recht, in Privathäuser einzudringen. Es wird darüber wahrscheinlich in der Kammer eine Interpellation eingebracht werden.

Volff's Telegraphen-Bureau meldet:

Brüssel, den 14. April, Abends. Gegen 9 Uhr Abends hatten die Bürgergarde und die Gendarmen große Mühe die Ordnung vor den Zugängen zu dem „Maison de Peuple“ aufrecht zu erhalten. Bald trat Verstärkung von etwa 30 Gendarmen ein, welche von der Menge mit Hissen und Schmärgen empfangen wurden. Die Gendarmen hielten schließlich auf die Mummianten ein, die Polizei-Agenten folgten ihnen mit gezücktem Säbel. Es entstand eine wahre Panik. Auf den Bürgersteigen erblickte man zahlreiche Klumpen. Bald fehlten die Gendarmen zurück, drangen in ein benachbartes Haus ein, von wo sie mit verschiedenen Gegenständen beworfen wurden, und trieben die Hölle mit Kolbenschlägen auseinander. Es kamen hierbei zahlreiche Verwundungen vor, darunter neun Schwere. Die erste Wunde wurde den Verwundeten in einer benachbarten Apotheke zuheil; doch ersehnte es ihr Zustand, daß sie in das Hospital geschafft wurden.

Brüssel, 15. April, Vormittags. Die Staatsanwaltschaft nimmt gegenwärtig eine Hausdurchsuchung in der „Maison de Peuple“ vor; während der Dauer derselben wird der Eingang von Politikern bewacht.

Heute früh ist ein Linienregiment unter dem Oberbefehl des Generals Bonnet nach Calouviere abgegangen. Die Zahl der bei den Zusammenstößen mit der Polizei gestern Abend Verwundeten wird auf etwa 60 geschätzt; etwa 50 Verwundungen wurden vorgenommen. Heute früh herrschte in der Stadt wieder vollständige Ruhe.

Das Depeschembureau „Herold“ meldet, tendenziös natürlich in höchster Potenz:

Brüssel, 15. April. Größere Ruhestörungen sind auch gestern nicht vorgekommen, nur in verschiedenen Kaffeehäusern, in denen Soldaten aufrührerische Reden (!) gehalten, mußte die Polizei einschreiten und die Anwesenden entfernen. In einem dieser Kaffeehäuser ist ein Officier der Bürgergarde durch einen Revolverstoß tödlich verletzt worden. Anerkannt muß werden, daß die Führer der Sozialisten alles Mögliche thun, um Ausschreitungen zu verhüten. — Nachts 1 Uhr erfolgte ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und der Polizei, und zwar in der Dansaertstraße. Die Sozialisten flüchteten in die in dieser Straße befindlichen Neubauten, von wo sie die Polizei mit Steinen warfen. Es sind zahlreiche Verwundungen vorgekommen.

Jedenfalls steht fest, daß die Behörden schamlos provociren und aufs brutalste vorgehen. So berichtet die „Réforme“ über Brüsseler Vorkommnisse am 13. April:

Um 4 Uhr 20 Minuten drangen acht Polizei-Agenten unter Führung des Officiers Dabieuz, mit gezogenem Säbel in die Wirthschaft „zur Kasse“, Rue de la Croix-de-Fer Nr. 15. Etwa zwanzig Personen, die friedlich und ohne jede Provocation ibereits dort saßen, wurden mit der Brutalität herausgejagt, die eigen ist den Agenten der Ordnung? In Brüssel. Die Polizei-Agenten schlugen mit blanker Klinge zu ein, und theilen Jagstriebe aus mit unglaublicher Wuth und Härte. Es hat drei Verwundete gegeben. Herr Jean Schloffer, Mechaniker, wird ganz blutüberströmt in die Apotheke des Herrn Dewandre gebracht. Dem Unglücklichen sind durch einen Säbelhieb der Schädel gespalten und die Augenwimpern zerlegt. In dem Augenblick, da die Leute, welche den Verwundeten tragen, in die Apotheke gehen wollen, will ein Polizei-Agent den blutüberströmten armen Buchsen zum Polizeicommissariat schleppen. Die Menge protestirt, ruft den Agenten zu: „Ihr seid Feiglinge, Gende! Erst verbinde man den Verwundeten!“ Stellt doch eine Wache vor die Thür!“ Ein junger Student erhebt Einspruch gegen das Vorgehen der Polizei. Ein Agent dringt mit einem Gendarm in die Apotheke und will sich des Studenten bemächtigen, den seine Freunde verteidigen. Der Agent und der Gendarm gebrauchen Gewalt und zerhacken die Glasküben der Apotheke. Sie schleppen den Studenten, dessen Kleider in Flecken hängen, fort. Die Menge murrte gegen die Polizisten, die Holz auf ihre Thü zum Polizeibureau gehen.“

So wird's gemacht. Unsere Quelle ist ein bürgerliches Blatt. Die Herrschenden wollen einen Putz, ihre Nothheit ist grenzenlos. Näheres über diese Dinge in der nächsten Nummer!

In der neuesten Nummer der demokratisch-liberalen „Réforme“ vom 14. April heißt es in einem Leitartikel, der vom General-Ausstand abmahnt:

„Die Regierung acceptirt jetzt den Gedanken, daß jeder Mann wenigstens eine Stimme haben muß. Sie will nur den Antrag Nyssen's (siehe oben) unterstützen, der zwei oder drei Stimmen den Bürgern geben will, die schon im Besitze einflußreicher und vortheilhafter gesellschaftlicher Stellungen sind. Sicherlich ist das eine bedauerliche Beschränkung, die wir nicht einführen würden, wenn wir die Herren wären. Aber wir sind nicht die Herren, und die Führer der Arbeiterpartei täuschen sich, wenn sie glauben, sie seien es oder könnten es werden unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die wir nicht ändern können.“ Der Antrag Nyssen's aber durchbricht das gleiche Stimmrecht und trägt einen plutokratischen (die Herrschaft des Geldes bedingenden) Charakter.

Der „Boffischer Zeitung“ geht folgende Drahtmeldung zu, wofür wir ihr natürlich die Verantwortung überlassen müssen:

Brüssel, 15. April. Heute Nacht erfolgten blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitermassen, Polizei und Gendarmerie und blutige Straßenkämpfe bei den Getreideschellen am Johannisplatz und in der Leichenstraße. Die Feuertreibdröhre wurden durchschritten, die Gaslaternen ausgelöscht. Reizende Gendarmenzerstreuung die Menge. Laut „Independance“ sind hundert Personen verwundet und schätz 2000 verhaftet. Laut „Réforme“ sind 50000 Arbeiter ausständig. Im Centrum feiern die Metallwerke Nicobe bei Cuve, Bierant, die Francobelischen Glaswerke, in Marismont die Coaksöfen von Coppes, in Verdiers St. Fabriken. Das Bergarbeiter-Syndikat des Beckens von Charleroi hat den Generalausstand beschlossen.

England.

Home-rule. Im Unterhause erklärte am 13. d. der Staatssecretär des Krieges, Campbell-Bannermann, nach Inkrafttreten der Home-rule-Bill werde das Heer wie bisher dem Oberbefehlshaber unterstellt bleiben. Nur werde der Vicokönig die Befugnis erhalten, Truppen zur Unterstützung der Civilgewalt anzurufen. Eine Pflicht des Heeres werde es wie bisher sein, jeden bewaffneten Aufruhr, wer immer denselben hervorgerufen habe, niederzuwerfen. Balfour richtet an Campbell-Bannermann die Frage: „Und das Urtheil über den Gebrauch dieser Pflicht steht dem von einem irischen Ministerium berathenen Vicokönige zu?“ Campbell-Bannermann wünscht, daß diese Anfrage vorher ange stellt würde. Die Frage Laboucheres, ob die Home-rule-Bill nicht am 14. April zum Abschluß gebracht werden könne, verzeimte der Premier Gladstone, so sehr er eine Beschleunigung und einen Abschluß der Debatte auch wünsche; er hoffe, die Redner würden ihre Reden möglichst kurz halten. Der Sir John Lubbock erklärte im weiteren Verlaufe der Sitzung, die Bill sei ein Com-

promiß zwischen den früheren Forderungen Irlands und den Zugeständnissen, zu denen sich England bereit gefunden habe. Niemand könne eine Maßregel als eine endgiltige, für alle Zeiten gültige ansehen. Die schließliche Erfüllung des Programms liege in der Richtung der Föderation, aber er und seine Freunde acceptirten die Vorlage ernstlich in billigem, ehrlichem und aufrichtigem Sinne und in der Hoffnung, daß das Capitel von dem englischen Drucke und dem irischen Widerstande dadurch sein Ende gefunden haben werde. Die Details seien bei der Einzelberathung zu verhandeln. Die finanziellen Bestimmungen seien gänzlich unbefriedigend. Die Irländer basirten ihre Forderungen nicht auf die Mißverwaltung, sondern sie fußten auf deren Aufstellung auf dem Rechte als besondere Nationalität. Schere die Bill, so würden die Folgen davon nicht nur neue Zwangsgesetze, sondern auch die Entziehung des Wahlrechts in Irland und die Errichtung eines militärischen Despotismus sein.

Serbien.

Der Absolutismus von oben rechtfertigt die Revolution von unten. Das zeigt wieder einmal der Staatsstreich des unmündigen Königs von Serbien, vielmehr die Gewaltthat, zu dem ihn seine intriguanten, mit der russischen Regierung liebäugelnden Erzieher als Werkzeug benutzen. Denn es ist doch eine unverschämte Lüge, zu behaupten, daß der 16jährige junge Mensch aus eigener Initiative einen Gewaltact unternommen haben würde ohne Suggestion. Diese Einflüsterung ist russisch, wenn auch die „schöne Natalie“, die Mutter des Königs, den Hauptantheil daran haben mag. Daß es keine guten Früchte zeitigen kann, wenn politische Intriguanten den jungen Menschen, den sie als königliche Puppe benutzen, diesen einen verrätherischen, gewaltthätigen Act sanctioniren lassen, das bedarf keiner Auseinandersetzung. Und daß es ein schamloser Gewaltact war, für den man den 16jährigen Menschen verantwortlich macht, ist keinem zweifelhaft, wenn er erfährt, daß die zu einem Mahle geladenen Regenten und Minister nach Tische erfuhren, sie seien Gefangene. Also ein verrätherisch-gemeiner Streich verschaffte dem jungen Menschen die unumschränkte Königswürde. Was diese werth ist, mag nach diesem Streich bemessen werden. Wenn die Stimmung umschlagen wird, vielmehr, wenn die Gegner solchen Streiches sich gesammelt haben und einen revolutionären Gegenzug versuchen werden, ist ihre Erhebung gerechtfertigt durch den vollzogenen Staatsstreich. Die Wiener „Neue Fr. Presse“ ist ganz einverstanden mit dem Vorgehen des Königs und seiner Drathzieher; ihr erscheint nur eine Revolution von unten gefährlich. Und das nennt sich liberal. Die Usurpation verrätherischer Machthaber imponirt dem schwächlichen „liberalen“ Gefindel.

Noch etwas vom „großjährigen“ Könige der Serben. Nachdem sich das Kind für großjährig erklärt, ist es auch die höchste Zeit, daß er heirathet. Der Herrscher aller Reußen hat das Geschäft übernommen, ihm eine Braut zu besorgen, und so wird binnen Kurzem die Verlobung stattfinden.

Parteiangelegenheiten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Görben im Nurgthal (Referent Kalnbach-Karlruhe), Ungenbielau (Referent Adler-Berlin), Moorhausen bei Slienthal (Referent Brühns Bremen).

Reichstags-Candidatur. Für den Wahlkreis Nordhausen ist der frühere Candidat, Genosse Theodor Glocke aus Berlin, wieder als Reichstags-Candidat aufgestellt worden.

Parteipresse. In Temesvar in Ungarn erscheint am 1. Mai ein socialdemokratisches Wochenblatt „Der Volkswille“, dessen Herausgabe von der dortigen Bezirksorganisation beschlossen wurde.

Die Socialdemokratie Westböhmens hielt am 2. und 3. April in Asch eine Landesconferenz ab, die von ca. 60 Delegirten besucht war. Der Situationsbericht ergab in Bezug auf die socialdemokratische Bewegung ein günstiges, in Bezug auf die wirthschaftliche Lage der Arbeiter ein schlechtes Resultat. Das Parteiorgan „Volkswacht“ hat eine Auflage von 2000 Exemplaren; finanziell steht das Blatt wegen der vielen Restanten nicht günstig. Die Conferenz wählte einen Landesaus schuß für Westböhmen, der in Eger seinen Sitz hat und mit der Leitung der Agitation beauftragt ist, und beschloß, daß das Agitationsgebiet bis Komotau und Pilsen reicht. Hinsichtlich der Matfeier wurde bestimmt, daß diese unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse abgehalten sei. Endlich beschloß man noch, daß von den Einnahmen der Partei 50 pSt. der Local- und 25 pSt. der Landes- und Reichs-Organisation zu fließen.

Fortschritte der Arbeiterbewegung in Oesterreich.
In der Zeit vom 1.—31. März sind folgende neue Organisationen gegründet worden: In Wien: Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bildungsverein „Wahrheit“ in der Solonic Kaiserwiesen. In Böhmen: Fachverein der Töpfer in Aulzig; Fachverband der Drechsler für das Königreich Böhmen in Wodenbach; Politischer Verein „Freiheit“ in Eger; Arbeiter-Bildungsverein „Kotva“ für Mähren nächst Sobieslau; Allgemeine Arbeiter-Spar- und Vorschusskasse in Neudorf; Arbeiter-Bildungsverein in Neuentisch; Arbeiter-Beleuchtungs- und Fortbildungsverein der Kupferschmiede in Mähren in Brünn; Fachverein der Textilarbeiter in Eglend bei Döflau. In Vorarlberg: Politischer Verein für Vorarlberg in Bregenz.

Bei den Delegirtenwahlen zur Bezirkskrankenkasse in Eger in Böhmen wurden die socialdemokratischen Candidaten mit 225 von 251 überhaupt abgegebenen Stimmen gewählt.

Zimmer vorwärts! In Triest am Adriatischen Meere fand am 9. April eine von socialdemokratischer Seite einberufene Volksversammlung statt, die von circa 1000 Personen besucht war. Genosse Uctar sprach in italienischer und Genosse Zadnik in deutscher und slovenischer Sprache über die Lage der Arbeiter und über die Maifeier. Die Aufforderung, den Welt-Feiertag der Arbeit gleichfalls zu begehen, wurde von der Versammlung enthusiastisch aufgenommen.

Todtenliste der Partei. In Rüdgersdorf in Böhmen wurde am 7. April cr. der Parteigenosse Franz Menzel beerdigt. — In Hartha i. S. ist der Parteigenosse Sommerlatte aus dem Leben geschieden; in Breslau der Parteigenosse Johann Franke.

Arbeiterbewegung.

Aufruf

an sämtliche Gewerkschaftscartelle Deutschlands.

In seiner letzten Sitzung beschloß das Breslauer Gewerkschafts-Cartell, zu dem Reichstagesgesetz dahin Stellung zu nehmen, daß nicht nur die Hinterbliebenen der Ärzte und Krankenpfleger, welche einer Epidemie zum Opfer fallen, aus Staatsmitteln unterstützt werden, sondern auch die Familien der Kohrleger, deren Beruf bei dem Ausbruch einer Seuche ein äußerst gefährlicher ist, zu versorgen sind.

Es ergeht deshalb an alle Gewerkschaftscartelle die Aufforderung, sich dem Vorgehen des Breslauer Cartells anzuschließen und die Reichstagsfraction zu beauftragen bei der Debatte über das obengenannte Gesetz diesen Wunsch zum Ausdruck zu bringen.

Das Gewerkschafts-Cartell zu Breslau.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. April 1893.

[Invaliditäts- und Alters-Versicherung.] Von einer Ausgabestelle sind Quittungskarten beim Vorstande der Versicherungsanstalt zu Breslau eingegangen mit der Anzeige, daß die Eigenthümer der Karten unter Zurücklassung derselben bei ihrem Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis heimlich verlassen hätten und ihnen demnach die Quittungskarten nicht wieder ausgehändigt werden konnten. Die betreffenden Personen werden nun, sobald sie in eine andere versicherungspflichtige Beschäftigung treten, genöthigt sein, die Ausstellung einer neuen Quittungskarte zu beantragen und in vielen Fällen auch eine solche erhalten, ohne daß dabei das früher bestandene Versicherungsverhältnis und die Thatsache, daß für den Versicherten bereits eine andere Quittungskarte ausgestellt und mit Marken beklebt worden ist, zur Sprache gebracht wird. Welche Unzulänglichkeiten aus einer auf diese Weise erneuten Ausstellung einer Quittungskarte für die Behörden und welche Nachtheile für die Versicherten erwachsen können, ist in einem Erlaß der Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe vom 11. Januar 1892 hervorgehoben. Unter Hinweis auf diesen Erlaß und den auch dort angezogenen § 148 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, welcher die unbefugte Zurückbehaltung einer Quittungskarte mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Haft bedroht, ersucht der Vorstand der Versicherungsanstalt zu Breslau die Behörden dringend, bei Arbeitgebern und Versicherten darauf

hinwirken zu wollen, daß bei Lösung eines Arbeits-Verhältnisses die Quittungs-Karte nach Einklebung der vorgeschriebenen Marken unverzüglich wieder in die Hände des Versicherten gelangt. Sollte in einzelnen Fällen, wie oben erwähnt, tatsächlich durch Verschulden des Versicherten die Karte bei dem Arbeitgeber zurückgeblieben sein, so wird der neue Arbeitgeber oder die Ausgabestelle, bei der die Ausstellung einer neuen Quittungskarte beantragt wird, den Versicherten unter Hinweis auf die ihm eventuell aus dem Verlust der alten Karte erwachsenden Nachtheile zur Herbeischaffung derselben zu veranlassen haben. Den Ausgabestellen kann es, da sie bei Ausstellung einer ersten Quittungskarte die Legimitation des Empfängers zu prüfen haben, nicht schwer werden, festzustellen, ob der Betreffende tatsächlich erst in die Versicherung eintritt oder nach Lage der Verhältnisse anzunehmen ist, daß er eine oder mehrere Quittungskarten bereits besessen hat. Im Uebrigen müssen Quittungskarten, die von irgend einer Stelle zurückgeblieben sind, an die nächste Ausgabestelle abgegeben und von dort ebenso wie alle übrigen Karten an die Versicherungsanstalt abgeliefert werden. Erwünscht ist, derartige Karten von den übrigen zu trennen und in einem besonders bezeichneten Umschlag vorzulegen.

[Freireligiöser Vortrag.] Am Mittwoch Abend wird wieder ein Vortrag mit darauf folgender Discussion von Prediger Tschirn im Saale der „Concordia“, Margarethenstraße, über das Thema: „Der alte und der neue Glaube“ gehalten. Die Geistlichkeit wird zu dem Vortrage durch die Zeitung eingeladen, da die Placate die anscheinend unangenehm empfundene Einladung nicht mehr veröffentlichen sollen.

[Theater-Nachrichten.] Beethovens „Fidelio“ gelangt heute Dienstag im Stadttheater zum ersten Male in dieser Saison zur Aufführung. Die Oper wurde von Herrn Oberregisseur Habermann neu incenirt, den musikalischen Theil leitet Herr Kapellmeister Weintraub. Die Titelpartie (Leonore) singt Fräulein Sophie Wiesner, vom Metropolitan Opera House in New-York, als Gast. Die Marcelline singt Fräulein Qu. Zing. Der Florestan befindet sich in den Händen des Herrn Doppel, den Minner singt Herr Engelmann, den Gouverneur Herr Mühlmann, den Rocco Herr Frauscher. Morgen, Mittwoch beendet Herr Grevenberg als Philipp Derblay in Ohnets „Der Hüttenbesitzer“ sein auf Engagement abzielendes Gastspiel, die übrigen Hauptrollen sind durch die Damen Lanus, Scheller, Luz, Saller, Rasta und die Herren Lübenner, Böhm, Meyer-Eigen, Will u. besetzt.

Das morgen Mittwoch im Lobe-Theater zum Benefiz der vorzüglichen, allgemein beliebten Künstlerin, Fräulein Müller, in Scene gehende Schauspiel „Die Waise aus Lomodo“ giebt der Beneficiantin Gelegenheit, sich in einer Rolle zu zeigen, in welcher sie in Berlin geradezu Aufsehen erregte. Ida Müller, welche sich im bürgerlichen Leben derselben großen Beliebtheit erfreut, wie als Künstlerin, ist trotz der glänzenden Engagements anträge, welche ihr von allerersten Bühnen gemacht werden, bescheiden und anspruchslos. Diese Benefiz-Vorstellung findet zu kleinen Preisen (Parquet zwei Mark) statt.

Da am vorigen Sonntag die Operette „Fatinitza“ im Residenz-Theater einen so durchschlagenden Erfolg hatte, wird dieselbe heute Dienstag wiederholt, während morgen Mittwoch „Die schöne Helena“ auf vielseitigen Wunsch noch einmal zur Darstellung gelangt. — Die Tannhäuser-Parodie soll im Laufe dieser Woche gegeben werden. Decorationen und Costüme werden neu angefertigt.

[Unglücksfall mit tödtlichem Ausgang.] Ein in einer Fabrik auf der Thiergartenstraße beschäftigter Böttcher kam am 17. v. M. beim Zusammentreiben von Gebinden zu Fall und brach sich den rechten Arm. Der Verunglückte wurde bald nachher auf der Thiergartenstraße befindlichen Klinik gebracht, woselbst er am 14. d. M. früh verstorben ist. Ob der Mann vielleicht bei dem Sturz innere Verletzungen erlitten hatte, dürfte die Section ergeben.

[Selbstmord und Selbstmordversuch.] Am 15. d. M. machte in seiner Wohnung auf der Rosenhallerstraße ein Deckenmacher seinem Leben durch Erhängen ein Ende. — Am 16. d. M. früh sprang in angetrunkenem Zustand ein Kellner an der Lessingstraße in die Oder, wurde aber durch zufällig mit ihrem Boot vorüberfahrende Mitglieder eines Rudervereins wieder dem nassen Element entrissen und ans Land befördert. Zu seiner Sicherheit wurde der Mann verhaftet.

[Auffinden eines Entseelten.] Am 17ten d. M. Morgens wurde an der Sandstraße ein männliche Leiche gefunden und nach der Anatomie geschickt.

In dem Entseelten wurde ein Steuermann der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft ermittelt. Derselbe muß durch einen unglücklichen Zufall in die Oder gestürzt sein.

[Polizeiliche Meldungen.] In das Polizeigefängnis wurden am 15. und 16. d. M. 115 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: Zwei Portemonnaies mit 5 und 7 Mark Inhalt. — Gefunden wurden: Eine Leinwandplaupe, mehrere Schirme, ein Ruff (Krimmer) ein goldener Trauring, ein Dreimarkstück, ein schwarzes Tuch.

[Verstöße gegen das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe] beschäftigten fortgesetzt die Gerichtshöfe in großer Anzahl. Zu den Gewerbebetrieben, welche über die Handhabung ihres Geschäfts an Sonntagen noch immer im Unklaren sind, gehören die Gastwirthe, denen gegenüber ganz verschiedenartige gerichtliche Entscheidungen bezüglich ihres Rechtes, an Sonntagen während der Stunden der Sonntagsruhe „über die Straße zu verkaufen“ vorliegen. Das Kammergericht wird nächsten Gelegenheit haben, die streitige Frage principiell zu entscheiden und dann dürfte sich die Anzahl dieser Proceß, soweit das Gastwirthsgewerbe dabei interessiert ist, verringern. Kürzlich war das Berliner Schöffengericht mit der Frage beschäftigt, ob es strafbar ist, wenn ein Restaurateur während der Sonntagsruhe von seinem Beisitzerprotocollrat einem in Verlegenheit gerathenen Nachbar einige „Schrippen“ verkauft. Der Restaurateur Zimmermann hatte diesen Verkauf begangen und hatte dem Dienstmädchen eines Nachbarn vier „Schrippen“ zum Selbstkostenpreis abgelassen. Er war deswegen mit einem Strafmandat in Höhe von fünf Mark bedacht worden und hatte richterliche Entscheidung beantragt. Der Staatsanwalt erklärte, daß der Gastwirt zweifelhaft das Recht haben würde, kraft seines Schankgewerbes ein Beisitzprotocoll über die Straße zu verkaufen, daß aber der Verkauf von Backwaaren nicht zum Schankgewerbe gehöre. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei. Er war zwar auch der Ansicht, daß ein solcher Backwaarenverkauf einem fremden Gewerbebetrieb darstelle, glaubte aber, daß in einem Falle, in welchem aus Gefälligkeit und ganz unentgeltlich einige Biskuits abgelassen worden seien, von einem „Gewerbebetriebe“ überhaupt nicht die Rede sein könne.

[Regelung des Nachtwachwesens.] Es ist bekannt, daß auf Grund des neuen Polizeifestengesetzes das Nachtwachwesen in den Städten auf die königliche Polizeiverwaltung übernommen werden sollte, daß jedoch die Durchführung dieser Maßnahme so gut wie durchweg hinausgeschoben werden muß, da vor der Hand nicht das nöthige Personal beschafft werden kann. Die „Nordd. Allgem. Zig.“ constatirt, daß für die Staatsregierung eine Verpflichtung, das Nachtwachwesen bereits vom 1. April an auf die königlichen Polizeiverwaltungen zu übernehmen, nicht bestehe, sondern daß ihre Verpflichtung nur dahin gehe, die Kosten des Nachtwachwesens zu tragen. Es hat der Staat die Kosten keineswegs die vorhandenen Nachtwächter der Städte zu übernehmen, sondern es ist die Vermehrung der Schutzmännschaft der Zweck der Uebernahme des Nachtwachdienstes. Ursache hierauf ist die Massenproaction von chloirförmigen Substanzen. In Breslau ist zwischen der höchsten Regierung und dem Magistrat der Stadt Breslau eine Vereinbarung bezüglich des Nachtwachwesens getroffen worden. Darnach wird ein Theil des städtischen Nachtwachwesens, nämlich der die innere Stadt und das Bürgerwerder umfassende 1. Polizeidistrictsbezirk, vom 1. October cr. ab an den Staat übergehen. Dem Magistrat ist anheim gegeben worden, den hierzu durch erforderlich werdenden Beamten des städtischen Sicherheitsdienstes — ein Theil derselben wird in die königliche Schutzmännschaft aufgenommen — das jetzige Dienstverhältnis zu kündigen.

Vereine u. Versammlungen.

Stadtkommissionen-Versammlung. Die am Montag d. 17. April tagende außerordentliche Sitzung wurde vom st. Vorsitzenden Dr. Fiedler um 4 1/2 Uhr Nachmittags eröffnet. Unter Anderem kamen nachstehende Vorlagen zur Verhandlung:

Etat des chemischen Untersuchungsamtes. Die Einnahmen betragen 22 692 Mark, die dauernden Ausgaben 21 400 Mark. — Referent Bluhm begründet den Etat, derselbe wird genehmigt.

Etat der Desinfections-Anstalt. Einnahmen: 2510 Mark. Ausgaben: 10 290 Mark. mithin Zuschuß 7780 M. Mark. Ein Mehr gegen das Vorjahr von 1390 Mark. — Der Etat wird nach der Empfehlung des Berichterstatters festgesetzt.

Etat der Communal-Verordnungspläne. Einnahmen: 11 140 Mark, dauernde Ausgaben: 4780 Mark. Ueberzuschuß 6360 Mark. Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben betragen 900 Mark; Ueberzuschuß 5460 Mark. — Berichterstatter John empfiehlt die Annahme des Etats, dieselbe erfolgt.

Etat der Steuern. Die Einnahmen betragen 2 829 685 Mark, die dauernden Ausgaben 74 375 Mark; mithin Mehreinnahme 2 755 310 Mark. Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben 3270 M.; mithin Mehreinnahme 2 752 040 Mark.

Der Etat-Ausschuß empfiehlt: a) Tit. III der Einnahme „An Schlachtfleisch“ 50 000 Mark zuzulegen; b) nach Maßgabe des Beschlusses der Stadtkommissionen-Versammlung vom 23. Februar cr. der Ausgabe 500 Mark anteilsweise Kosten der Unternehmung des städtischen Theaters des Schauspielgebäudes an der Thiergartenstraße zuzulegen; c) mit diesen Modifikationen den Etat vorläufig festzusetzen.

Referent Morgenstern begründet den Etat und dessen Empfehlungen. Stadt. John erwirbt, daß der Gehaltsverlust keine Gemeindesteuer zahle, wodurch ein bedeutender Ausfall an derselben entstehe. Man wolle in Zukunft dafür sorgen, daß hierin eine Abänderung getroffen wird. Wird dies nicht geschieht, und der Gehaltsverlust immer größerer Ausdehnung gewinnt, so kommt es dahin, daß der Staatstand aufgegeben wird. Stadt. Fiedler erklärt, daß man nicht ohne Rücksicht auf die Verhältnisse des Landes eine solche Maß-

Eingefandt.

Unter Eingefandt finden Zuschriften aus dem Referat Aufnahme, selbst wenn die Redaction die darin ausgesprochenen Ansichten nicht theilt.

Eine Erwiderung ist nun in Nummer 84 d. Z. auf mein Eingefandt in Nummer 79 d. Z. wie ich ja auch erwartet hatte gekommen.

Die Unterstuetzungen sollen ein Hemmschuh der Gewerkschaftsbewegung sein! Was diese Behauptung anbelangt, so hat sie wohl in der Krankenunterstuetzung ihren Grund.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 14. April.

Heiraths-Ankündigungen I. Restaurateur Johann Heppert, ev., Stadlergasse 8, und Louise Born, ev., Heppertstraße, im Stadt-Krautergarten.

ev., Alsenstraße 12, und Pauline, vermittelte Unger, geb. Klose, ev., daselbst. - Prakt. Arzt Dr. med. Carl Stöcker.

Geschlichtungen I. Schuhmacher Wendelin Sonnenglanz, kath., mit Maria Nietner, kath., hier. - Schriftfuehrer Gustav Schneider, kath., mit Pauline Borrmann, ev., hier.

Todesfälle II. Bruno, S. des Tischlers Wilhelm Görlich, 10 M. - Vertha, L. des Malermeisters Erwin Lüdemann, 2 J.

Todesfälle I. Erwin, S. des Maurers Gottlieb Jänsch, 2 M. - Fritz, S. des Kaiserens-Wärters Magimilian Duhf, 2 J.

Vom 16. April. Todesfälle I. Erwin, S. des Maurers Gottlieb Jänsch, 2 M. - Fritz, S. des Kaiserens-Wärters Magimilian Duhf, 2 J.

Fleischwaaren. Rindfleisch Pfund 65-80 Pfennig, Schweinefleisch Pfd. 70-80 Pf., Hammelfleisch Pfd. 65-75 Pf.

Lebendes und geschlachtetes Federvieh, sowie Eier. Auerhahn Stck. 3,50-6,00 M., Auerhenne Stck. 3-4,50 M.

Fische und Krebse. Winter-Rheinfalm 2,00-2,20 M., Nat Pfd. 1,60-1,70 M., Cabeljau Pfd. -40 Pf.

Kuechen- und Tischbedarf. Tafelbutter Kilogramm 2,80-2,90 M., Eibutter Kilogramm 2,60-2,80 M.

Obst und Gueldfruechte. Landbrod 5 Pfd. 45-50 Pf., Weizenmehl f. Pfd. 14-18 Pf., Weizenmehl f. Pfd. 11-12 Pf.

Wild- und Gartenfruechte. Weiskohl Mdl. 2,00-4,00 M., Blaukohl Mdl. 1,50-4,00 M., Weiskohl Mdl. 0,80-2,00 M.

Wild- und Gartenfruechte. Weiskohl Mdl. 2,00-4,00 M., Blaukohl Mdl. 1,50-4,00 M., Weiskohl Mdl. 0,80-2,00 M.

Obst und Gueldfruechte. Weiskohl Mdl. 2,00-4,00 M., Blaukohl Mdl. 1,50-4,00 M., Weiskohl Mdl. 0,80-2,00 M.

Breslau, 17. April. (Antlicher Producten-Vertriebs-Vericht). Roggen (p 1000 Kgr.) per April 133,00 G.

Breslau, 17. April. (Antlicher Producten-Vertriebs-Vericht). Roggen (p 1000 Kgr.) per April 133,00 G.

Table with 4 columns: gute, mittlere, geringe Waare, and a sub-column with values like 15,30, 15,10, 14,80, 14,30, 13,30, 12,80.

Breslauer Marktbericht vom 17. April per 100 Kilogr. Roggenmehl, neues 28,00-30,00 M. pro Schock.

Breslauer Wochenmarktbericht vom 15. April 1893. In der verfloessenen Woche waren die Zufuehren nicht bedeutend.

Verurtheilung. In der gekuerrigen Verhandlung gegen den Arbeiter Maeyer, Schwager des verst. Genossen Wagner, wurde derselbe zu 9 Monaten Gefaengnis verurtheilt.

Theater-Nachrichten.

Stadt-Theater.
 Dienstag: „Hibello.“
 Mittwoch: „Der Hüttenbesitzer.“

Lobe-Theater.
 Dienstag: „Glad.“
 Das Fest der Handwerker.
 Mittwoch: „Hilff! Ida Müller.“
 Die Waise aus Lwowood.
 Jane Eyre: Ida Müller.
 Kleine Preise (Parquet 2 Mark).
 In Vorbereitung:
 Jean Director Strieje.

Mittwoch, Vortr. in d. Concordia
 von Pred. Tschirn.
 Die Geistl. f. höfl. eingel. 796

Villa Liebich.

Heute Mittwoch:
 Gesellige Unterhaltung
 nebst 783

Familien-Abendbrot.
 Für gute Speisen und Getränke ist
 bestens gesorgt.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 782 **A. P. Przevlaka.**

Empfehle dem geehrten Publikum
 meine seit 20 Jahren bestehende
**Stroh- und
 Filzhut-Fabrik**
 geneigter Beachtung. Auch werden
 alle Arten Hüte gewaschen, gefärbt,
 modernisiert und garnirt. 790

A. Mai,
 Neue Junterstraße Nr. 24.

Die Göttin der Freiheit.
 Lassalle, Liebknecht, Marx
 und andere Bildnisse bewährter
 Partei-Führer in eleganter Einrah-
 mung, per Stück 3 Mark
 in der 701

Glaserei, Paulstraße 5.
 Unser 699 736

Abzahlungs - Geschäft
 Friedr.-Wilhelmstr. 13
 empfehlen wir dem geehrten Publikum
 zur geneigten Beachtung, große Chroma-
 Wirt in allen Sorten für 10 Mk.
F. Buchmann & Co.

**Arac, Rum
 und Cognac.**
 selbst importirt in allen Preislagen
 en gros und détail.

n. Punsche:
 Banana, Ananas, Burgunder,
 Kaiser u.
 f. Original- und Tafel-
Liqueure:
 Kanadischer Kiefernblätter,
 Mandarinen-Ginger, Nachod,
 Benedictiner Chartreuse u.
 Altes Breislauer Korn mit Wein
 abgezogen, Johannisbeer-
 Champagner, Johannisbeerwein,
 Obst geteilt, ohne jeden Sprit-
 zusatz, empfiehlt

Hermann Seidel.
 Verkaufsstellen: Ring 27 im Aus-
 schenk im Hauskur, im Comptoir
 im Hofe. 524

Kempner's
 Kesselfabrik,
 Breitestraße Nr. 43,
 empfiehlt allehand Kesse zu
 Herren-, Damen- u. Kinder-
 Garderobe
 zu billigsten Preisen.
Kempner's
 Kesselfabrik, 636
 Breitestraße Nr. 43.

Todes-Anzeige.
 Freunden und Genossen die traurige Nachricht, dass der
 Cigarrenmacher **Paul Luksch**
 nach längerer Krankheit im Alter von 38 Jahren gestorben ist.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Donnerstag, Nachmittag 5 Uhr, vom Allerheiligen-
 Hospital nach dem Belvedere-Kirchhof. 795

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Lesezimmer Nr. II.
 Küster's Local, Lehndamm 28 (Zdahof).
 Der Vereinsabend fällt diese Woche aus.

Lesezimmer Nr. III.
 Porwertsstraße Nr. 47, Gasthof „am Kaben“.
 Dienstag, den 18. April, Abends 8 Uhr, ist folgende Tagesordnung:
 1. Vorlesung: Das Papstthum und die sociale Bewegung.
 2. Diskussion. 3. Interpellation.
 Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen.

Gesangsabtheilung.
 „Drei Canzen“, Neumarkt Nr. 8.
 Mittwoch, den 19. April, Abends von 8 Uhr ab:
 Uebungsstunde unter Leitung eines tüchtigen Dirigenten. — Aufnahme
 neuer Mitglieder findet jeden 1. Monat im Quartal statt. — Beiträge zum
 Verein werden entgegen genommen.

Der Vorstand.
Fabrik von Arbeiter Sachen
 Spezialität. Arbeits-hosen.
E. Liedecke, Stodgasse Nr. 30.
 En gros. 798 En détail.

Neu eröffnet!
E. Keil, 10 Neuschestrasse 10
 empfiehlt sein großes Lager
fertiger Schuhwaaren
 für Herren, Damen u. Kinder
 bei vorzüglicher Haltbarkeit und zu billigsten
 Preisen.
 Früher Helm'sche Schuhbude am Ringe.

Rohtabake
 in bekannt größter Auswahl und besten Qualitäten
 empfiehlt zu billigsten Preisen
G. Titze, Breslau,
 27 Büttnerstraße 27.

**Sämmtliche
 Schreib- und Zeichen-Materialien**
 Schreibhefte, Diarien 67
 sowie
 sämmtliche Schulbücher neuester Auflage
 zu billigen Preisen.
Robert Lierke
 22 Gräbichenerstr. 22, Ecke Holteistr.

Gelesene Nummern
 des „Wahren Jakob“, des
 „Bonillon“ u. zur Agitation
 nimmt entgegen die Expd.
 der „Volkswacht“.

Soeben erschien und ist durch den Verlag der „Rheinischer Post“
 München, oder durch die Expedition dieses Blattes zu beziehen:
Die Sklaven-Aufstände des Alterthums
 von Ernst Frank. — Preis 30 Pf.
 Mit Ausnahme der Rost'schen Brotschüre, welcher obige Schrift
 an wissenschaftlichem Werthe überlegen ist, bildet die Frank'sche Arbeit
 die einzige, die diese hochinteressante Bewegung vom Standpunkte der
 materialistischen Geschichtsauffassung behandelt. Die ökonomischen Ursachen
 der Sklaven-Aufstände finden wir gerade in unserer Zeit der größten
 sozialen Konflikte in der modernen Arbeiterbewegung wieder. Die Ar-
 beiter-Aufstände in Homestead — die Sklaven-Aufstände im alten Rom,
 sie gleichen sich in ihren Ursachen, wie ein Ei dem Andern.

Unserem Freunde u. Genossen
 797 **Paul Kühn**
 zu seinem 35. Biegebeste
 die besten Glückwünsche.
 P. G. P. G.

Gelegenheitskauf!
 Mehrere Zimmer g. Möbel zum
 Aufst., auch einz. neu u. gebr., Bettst.,
 m. u. ohne Matr., Sopha, Stühle,
 Schränke, Spiegel, Schreibt., Sekretär,
 gr. Bücherschrank, Rollbur., Commode,
 Küchenach., Padent., Regale, Pulle,
 dopp. und einf., Spottb. 794
Goldene Stadegasse 8, I.

R. Glemnitz
 Schuhmacher-Mstr.
 empf. sein großes Lager
 von 734
 Herren-, Damen-
 und Kinder-
 Schuhwerk
 zu den
 billigsten Preisen.
 Schmiedebrücke 47.

Alle Arten Uhren
 mit 2jähr. Garantie, billig
 als überall. Gold- und
 Silberwaaren, Musik-
 werke billig bei
 E. Jagusch, Uhrmacher
 761 Alte Cashenstr. 7.
 Theilzahlungen bereitwilligst.

Bruno Rosenthal
 Schmiedebrücke 57
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager
 von selbstgearbeitetem, gutem
 Schuhwerk. 654

Die Geschichte der Commune von 1871
 von Lissagaray.
 2. vom Verfasser durchgesehene Auflage. (X. Band der Internation. Bibliothek).
 Preis 3,00 Mk.
 Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Eine Welt- und Lebensanschauung
 für das Volk
 mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und
 gesellschaftlichen Fragen von J. G. Vogt
 in 50 wöchentlichen Lieferungen zu je 10 Pf. — 6 R. 5. 28
 Zu beziehen durch die Exped. der Volkswacht

Sonntag, d. 23. d., erscheint die in jeder Hinsicht künst-
 leriich ausgestattete
Mai-Nummer
 des „Wahren Jakob“.
 Wir haben von dieser außergewöhnlich starken Nummer
 einen großen Vorrath mehr bestellt und empfehlen dieselbe
 unseren werthen Abonnenten ganz besonders.
 Der Preis ist wie gewöhnlich
 10 Pfennig pro Exemplar.
 Exped. der „Volkswacht.“

Vorsicht! Hütet Euch!
Die Socialdemokraten kommen!
 Eine wahre Dorfgeschichte,
 welche schon oft passiert ist und noch passiert. Von Adolf Hoffmann
 Verfasser der „Zehn Gebote.“
 Zweite Auflage: 100,000 Exemplare.
 Preis 10 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition.

Herrn Eugen Richter's
Bilder aus der Gegenwart.
 Eine Entgegnung
 von
Franz Mehring.
 Preis 30 Pf.
 Zu beziehen durch die Expedition der Volkswacht.